

Central-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint wochentlich am Donnerstag, am Sonntag als Feuilleton. Die Bezugs-Gebühre beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 30.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 35.00 monatlich. Die abgesetzte Postzettel-Zeile kostet im Einzelverkauf M. 3.00, im ausserordentlichen Verkauf M. 6.00. Entfallen die Millimeter-Zeile M. 15.00 im Einzelverkauf und M. 30.00 im ausserordentlichen Verkauf. Anzeigen-Erlöse: Sonn- und Feiertage.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Dromadenstr. 1a und Große Deubaustr. 17. Fernsprecher-Bürozentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck-Anstalt: „Gesellschaft Halle'sche“, Danz-Redaktion: Postfach 100. Postfach-Nummer: Leipzig 22815. Verlagsort und Vertriebsort: Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig 22815. Verlagsort und Vertriebsort: Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig 22815. Verlagsort und Vertriebsort: Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig 22815.

7. August Tagung in London.

Ein deutsches Nein nach Paris / Lloyd Georges Einladung an Voincare Die kriegerischen Unternehmungen Griechenlands zu Wasser und zu Lande

Unmöglich!

Der Wortlaut der französischen Note auf das deutsche Ersuchen vom 14. Juli um Verringerung der Ausleihraten von 2 Millionen auf eine 1/2 Million Pfund Sterling monatlich ist nunmehr veröffentlicht worden und wirkt noch deutlicher, als es in dem bisher nur bekannnten Auszuge der Fall war. Außer den schon bekannnten Veränderungen der Politik der deutschen Regierung entbietet sich Herr Voincare nicht, ihr, „berechnete Vangalmeit“ bei den Kontoadressungen, „systematische Verzögerungen“ und ähnliches vorzuerzählen, den deutschen Antrag als „null und nichtig“ zu erklären und binnen einer Frist von 10 Tagen, die also am 5. August abläuft, die Zustimmung der Weiterzahlung der 2 Millionen Pfund zu fordern, widrigenfalls „eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen“ sofort und automatisch zur Anwendung gelangt. Diese brutale Antwort ist der französischen Auffassung zur Londoner Konferenz! Entgegen der Einsicht der ganzen abgelaufenen Welt, auch seines treuen Bundesbruders Belgien, hält Voincare mit einer Starrköpfigkeit, die den empfindlichen Nerven der französischen Finanzen nach sich ziehen muß, an der Politik der Damenhändchen und der Geisteskräfte fest. Dieweil er das Reichsdiplomatie täglich über den Entwurf der Antwortsnote. Sein Entschluß wird ihm sehr erleichtert durch die Auswärtigen der französischen Note, die eine bisher noch nie dagewesene Entwertung der deutschen Mark nach sich gezogen hat. Bei einem Dollarkurs von 300 würde die Befreiung der Danziger zur Bezahlung der Ausleihraten den Markkurs immer noch tiefer führen und ungeheure Summen von Papiermarken erfordern. So stellt uns die Markkatastrophe einfach schicksalhaft vor die Unmöglichkeit, zahlen zu können, mag auch Herr Voincare noch so sehr mit neuen Sanktionen drohen. Wenn der dahingemordete Dr. Rathenau in seiner Antiritterrede als Außenminister gelagt hat, es gäbe keine absolute Unverfallbarkeit, es komme nur darauf an, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen könne, so ist diese Grenze jetzt erreicht.

Das Reichsdiplomatie hat gestern nachmittags den Text der deutschen Antwort endgültig festgelegt. Die Note wurde dann ebenfalls nach Paris telegraphiert, wo sie heute nachmittags durch den deutschen Botschafter der französischen Regierung überreicht wird. Sie läuft natürlich auf die Ablehnung der französischen Forderungen hinaus. Vor allem betont die Note, daß die Abtrennung der Frage der Ausleihzahlungen als einer Einzelfrage von den jetzt dem Reparationsauschuss vorliegenden Fragen der Reparationszahlungen und der deutschen Leistungsfähigkeit nicht angängig ist. Ein Standpunkt, dem sich ja auch die belgische Regierung angeschlossen hat.

Einladung an Voincare.

Eine Reparationsdiskussion.

London, 31. Juli. Die Antwort der französischen Regierung auf den letzten Brief Lord Balfours über die nächste interalliierte Zusammenkunft in London ist hier eingegangen. Heute hat Balfour die Angelegenheit mit Lloyd George besprochen, und es wurde sofort eine Antwort an Voincare gefaßt, in der mitgeteilt wird, daß der englische Premierminister darüber „entzückt“ ist. Voincare am 7. August in London zu sehen. Gleichzeitig wurde Voincare mitgeteilt, Lloyd George wünsche die Reparationsfragen zu besprechen. Italien und Belgien werden eingeladen, Vertreter zu der Zusammenkunft zu entsenden.

Der neue Sturz der Mark auf 310 hat heute früh in wohl in der City als auch in Downing Street Befürchtungen hervorgerufen. In der City schreibt man diesen Sturz der Erhöhung des Reichsbanknotendanks auf 6 v. H., zu aber politisch betrachtet man den Sturz, als die Folge der Berliner Verfallensnotung der letzten französischen Note an Deutschland. Es besteht hier die Furcht, daß Frankreich versuchen wird, allein gegen Deutschland vorzugehen, falls Deutschland keine Zahlungen einstellen müßte. In diesem Falle werde es, so wird von autoritativer Quelle berichtet, zu einem offenen Bruch zwischen London und Paris kommen. Immerhin betrachtet man den Besuch Voincares in London als eine Aussicht, Frankreich und England zu einer gemeinsamen Haltung Deutschland und dem Reparationsproblem gegenüber bestimmen zu können.

Die Gefahr des internationalen Bankrotts.

London, 1. August. Der Manchester Guardian äußert sich sehr pessimistisch über die zukünftige wirtschaftliche Lage, die nur durch eine Zerstückelung der interalliierten Schulden und der Reparationen gebessert werden könne. Die Zeit sei nicht mehr fern, wo ein internationaler Bankrott unumvermeidlich sein werde. So mehr Verzweiflung in die französische Finanza komme, desto wahrscheinlicher sei die Rückkehr Gallians. Im Hinterkopf des belgischen Blattes erscheint ein Artikel Gallians, in dem dieser ausführt, daß die französischen Schulden seit Beginn des Krieges von 30 auf 275 Milliarden Franken gestiegen seien, wobei Frankreich noch außer-

dem 70 bis 80 Milliarden an Amerika zu bezahlen habe. Die französische Regierung, so führt Gallian weiter aus, habe ein Defizit von beinahe 2 Milliarden für das laufende Fiskaljahr. Das wirkliche Defizit werde aber vermutlich 3 bis 5 Milliarden betragen. Das einzige Mittel bestände in einer Abarbabe der während des Krieges und später erworbenen Vermögen.

Generalstreik in Italien?

Paris, 1. August. Aus Rom wird gemeldet, daß das Zentral-Komitee der Arbeitsbehörden gestern nacht, am 31. Juli um 12 Uhr den Generalstreik in ganz Italien proklamiert hat. Alle Arbeiterkategorien, alle Berufe, überhaupt alle Angestellten sind darin begriffen. Das öffentliche Leben Italiens wird lahmgelegt. Ausgenommen vom Streik sind allein die Krankenhäuser und ihr Personal. Die Regierung hat in aller Eile Maßnahmen ergriffen, um die Bewegung zu unterdrücken. Die Syndikalistischen und Sozialisten haben diesen Entschluß gefaßt, um die gegenwärtige Ministerkrise unter Ausschluß der Rechtsparteien und der Sozialisten zum Abschluß zu bringen. Die Sozialisten haben gestern eine Proklamation gegen den Streik erlassen, in der sie die Arbeiter auffordern, zur Arbeit zurückzutreten und sich ruhig zu verhalten. Der Regierung stellen die Sozialisten eine Frist von 48 Stunden, sonst würden sie selbst einschreiten, um dem Streik ein Ende zu machen.

Zackas Rückkehr.

Rom, 1. August. Es bestätigt sich, daß Zacka auf Vorladung des Naxos von König den Auftrag erhalten hat, das neue Kabinett zu bilden. Er besitzt die Unterstützung der Sozialisten und unter anderem mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten darunter auch Turati. Die Zeitung Actione kündigt die bevorstehende Rückkehr Zackas nach Rom an, der bereits Wladimir verlassen hat und in Italien eintrifft.

Verzögerung der bayerischen Entschcheidung.

Die Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten Ebert an den bayerischen Ministerpräsidenten, die „halb“ erbeten war, soll erst kommenden Mittwoch dem Ministerat in München befristigen. Wenn es nach dem Sprichwort geht: Gut Ding will Weile haben, so soll es auf einige Tage hinausgezögert der Antwort gewiß nicht antommen. Wer man darf doch darauf hinweisen, daß die Verschleppung auch Gefahren im Gefolge hat. Innerpolitisch, wenn die Meinungen richtig sind, die aus Sidobannern und Mannveremählungen bestehen, in denen die Bauern aufgefordert werden, sich in den nächsten Tagen bereit zu halten, falls es zum Bruch zwischen Bayern und dem Reich komme; die Arbeiter werden dann in den Generalstreik treten und die Bauern müßten darauf besonnen in die Stadt marschieren. Aber auch die außenpolitischen Gefahren wachsen mit der Verschleppung. Die französische Presse arbeitet in den letzten Tagen siederhaft an der Ausbeutung des Konflikts zwischen München und Berlin. Offen werden die Gründe dieses Eifers dargelegt: ohne bayerischen Separatismus ausgeben es feineren bei nischen Separatismus, also müßte man den bayerischen Separatismus, auch den monarchistischen, ermutigen. Die bayerische Regierung kann zur Unterdrückung der wachsenden innerpolitischen und außenpolitischen Gefahren sehr wesentlich durch schnelle Beantwortung des Briefes des Reichspräsidenten in einer Tonart und in einem Sinne beitragen, die zur raschen Verschlingung führen. Man darf annehmen, daß der bayerische Landessparatist Summa, der zu den Verhandlungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten gegenwärtig in München weil, in gleicher Richtung tätig ist.

Die Getreidenulage.

Herabsetzung der Vorkosten. — Erhöhung der Preise.

München, 1. August. Der Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages hat einen Antrag angenommen, der die Herabsetzung des Lieferpreises für Umlagegetreide und die Erhöhung der Preise für das erste Ablieferungsrittel bezweckt. In der Aussprache wurde erklärt, daß eine um die Hälfte geringere Ernte als im Vorjahre zu erwarten sei und daß kein fremdes Getreide herbeigeführt werden könne, wenn die durch die schätzungsweise überholte Preissteigerung für das erste Ablieferungsrittel unverändert gelassen werde.

Mangelhafte Beteiligung.

Die Kundgebung „Nie wieder Krieg“, die am Sonntag, begünstigt von gutem Wetter, in Berlin und über 250 anderen Städten des Reiches stattgefunden hat, war nach übereinstimmenden Meldungen mäßig besucht. Die Zeit neuer Sanktionsandrohungen Voincares und des dadurch hervorgerufenen furchtbaren Marksturzes, mit dem ihn folgenden immer fürchterlicher wachsenden Wirtschaftslage ist wohl auch wenig geknall, politische Betretungen zu begünstigen.

Der neue Balkanbrand.

Zur gleichen Zeit, da die Bewegung „Nie wieder Krieg!“ in den europäischen Hauptstädten ihre Propaganda entfaltet, hat Griechenland der Türkei von neuem den Krieg erklärt. Vielleicht ist diese Kriegserklärung nur ein diplomatisches Manöver. Denn die Londoner Konferenz steht vor der Tür. Dort soll ja auch die Orientfrage wieder einmal „entschieden“ werden. Trotzdem muß man die griechischen Äußerungen ernst nehmen. Bei Rodosto, am Marmarameer, sind bereits 25 000 Griechen gelandet, um gen Konstantinopel zu marschieren. Im Schwarzen Meer zumote eine griechische Flotte, blockiert die Küsten, gestützt türkische Munitionslager. In Smyrna soll von griechischer Seite die Autonomie ausgerufen werden, was natürlich auch nur unter dem Schutz griechischer Waffen geschehen kann. Es beginnt tatsächlich der vierte Feldzug Athens gegen das Meer.

Die erste griechische Offensiv, die nach der Bologner Konferenz der Alliierten (Juli 1920) von Smyrna aus einsetzte, kam in den Klüften der anatolischen Berge zum Stoden. Im Herbst jenes Jahres holte Kemal zum Gegenangriff aus mit dem Erfolg, daß die Griechen bis Bursa zurückweichen mußten. Nach einer kurzen Winterpause brach im Januar 1921 der zweite griechische Vormarsch los. Sein Mißerfolg führte einen politischen Umbruch herbei: Venizelos schied von der politischen Bühne, und König Konstantin trat an seine Stelle. Ende Februar 1921 lagte dann in London die große Orientkonferenz. Vertreter Griechenlands, der türkischen Scheinregierung in Konstantinopel und Kemal Paschas versammelten sich unter alliierter Regide. Grundtätigst einigte man sich damals schon auf eine Revision des Sevres-Vertrages: Konstantinopel sollte gesteuert, die Dardanellen neutralisiert werden; in Gallipoli und Fethiye geschloß man kleinere Ententeabteilungen aufrechtzuerhalten, im Hinblick von Smyrna in beschränkter Höhe die türkische Oberhoheit wiederherzustellen. Die Delegierten kehrten zur Verfertigung nach Hause zurück. Doch alles blieb beim alten, denn Angora lehnte das Londoner Kompromiß ab, und im Spätsommer begann die dritte griechische Offensiv unter persönlicher Leitung Konstantins. Schon meldeben voreilige Berichterstatter den Fall Angoras. Bis sich plötzlich von neuem das Kriegsglück wendete. Die große Schlacht am Sarikamis eroberte mit dem Übergang des Dardanellen. Und wieder ging die strategische Initiative auf die schein, kriegserprobten Bataillone Kemal Paschas über.

Das Bild hat sich seitdem vollkommen verändert. Die Vereinbarungen Franklin-Roosevelts mit Jusuf Kemal Bey schufen eine völlig neue Situation. Nachdem Frankreich sich einmal mit der Klüftung Jilizens abgefunden hatte, wollte es sich doch wenigstens die wirtschaftliche Ausbeutung eines Gebietes sichern, das fast seinen gesamten Bedarf an Baumwolle decken kann. Das gelang, unter Aufrechterhaltung aller französischen Privilegien. England hätte sich durch den Vertrag besonders benachteiligt, weil in ihm die Rückgabe der Bagdadbahn an die Türken vorgesehen war. Im Grunde — das will beachtet sein — geht der Interessenkampf um die Vorherrschaft auf dem Petroleummarkt. England wird den Griechen bei ihrem neuen Krieg nur sozial Bewegungsfreiheit geben, als sich mit den britischen Interessen in Konstantinopel, Mesopotamien und Palästina betraget. Vergesslich wird sich der griechische Ministerpräsident Gounaris auf das Versprechen der Entente berufen, die der Wiener Regierung das Mandat zum Krieg erteilt habe. Aus diesem Kriege kann, wie allmählich immer klarer wird, unter Umständen ein neuer Weltkrieg entstehen. Wenn Gounaris bisher in seinen Kammerreden mit Stolz verkündete, daß das griechische Heer ein Gebiet von 100 000 Quadratkilometern besetzt habe, das von 3 Millionen bewohnt wird, während der Friede von Sevres Griechenland nur 16 000 Quadratkilometer zugestanden habe, so liegt darin ein bezeichnendes Imperialisches, der mit den heutigen Zuständen des Königreichs in kraffen Widerspruch steht. Die griechischen Finanzen sind trostlos zerrüttet. Der Dodelanos und Korpepirus drohen, sich loszulösen. In den Provinzen tauchen die Briganten auf. In den Städten hängen die Arbeiter mit dem Bolschewismus. Das Groß-Griechenland ist wieder klein geworden, wie vorher. Gerade ihm glaubt man nicht recht die neue Parole: „Doch wieder Krieg!“

Vorstehende Ausführungen lassen sich auf Grund von neuen Telegrammen aus Konstantinopel noch in folgender Weise ergänzen:

Während England und Frankreich sich endlich darüber geeinigt haben, daß auf der Londoner Konferenz auch die Orientfragen zur Erörterung gelangen sollen, hat Griechenland diese „Erörterung“ selbst in die Hand genommen und den Kabinetten in London, Paris und Rom eine Note überreicht, in der die Ermächtigung zur Weglegung Konstantinopels erbeten wird. Zwar ist die Antwort, wie vorausgesehen war, negativ ausgefallen, allein die Griechen haben indessen schon Truppen in Rodosto gelandet. Griechenland rechnet dabei mit der Uneinigkeit der Ententegegner untereinander und dem Wiffrauen, daß vor allem Frankreich und England in allen Orientfragen gegeneinander begeh. Die richtig diese Spekulation ist, zeigen die französischen Pressekommentare, die England für das Vorgehen Griechenlands verantwortlich machen und erklären, König Konstantinopel würde ohne Ermächtigung Englands nie eine so herausfordernde Stellung eingenommen haben. In der Tat ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß England

vielleicht sich auf diese Weise für das demagogische Vordringen des Sozialismus einen neuen Stein im Brett beschaffen will, um französische Zugeländnisse im Orient gegen englische Zugeländnisse in Deutschland einzutauschen.

Der Aufmarsch gegen Konstantinopel.

Paris, 31. Juli. Der griechische Oberkommandant in Smyrna, Serrhalier, proklamierte gestern die Autonomie Smyrnas. Die Pariser Presse sieht in diesem Beschluß der griechischen Regierung einen Beweis dafür, daß Griechenland alles tun will, um entgegen dem Willen der Alliierten im Besitz Smyrnas zu verbleiben. Man nimmt nun in Paris an, daß die Proklamation der Autonomie eine Unabhängigkeitserklärung bedeutet, die im Widerspruch mit dem Willen der Alliierten ist. Man erwartet, daß man in Paris auch davon, daß die Griechen sich in Smyrna Truppen zu landen, obwohl die Alliierten befehlen hätten, daß bei der Regelung der kriegsähnlichen Lage der Stadt Smyrna der Türkei übergeben werden sollte. Man befürchtet nun, daß die formidablen Truppenverbände in Smyrna dazu führen könnten, daß die Türken Ernst machen und ihrerseits auf Konstantinopel marschieren.

Die griechische Flotte im Schwarzen Meer.

London, 31. Juli. Die griechische Flotte nimmt seit einigen Tagen Operationen im Schwarzen Meer vor. Die Semptregierung hat sich veranlaßt gesehen, dagegen in London zu protestieren. Die Antwort des Londoner Auswärtigen Amtes ist ablehnend. In der Note wird erklärt, daß die Verbündeten in Smyrna die russische Regierung aufgefordert hätten, für eine Wiederherstellung des Friedens im Orient zu arbeiten. Darin liegt schon die Anerkennung des zwischen Griechenland und der Türkei herrschenden Kriegszustandes. Kriegshandlungen zur See, wie Blockade, Zerstörung feindlicher Munitionslager usw. seien deshalb vollständig legitim. Die Griechen haben das Recht, wenn sie nicht das internationale Gesetz verletzen, ihre Operationen fortzusetzen, solange der Krieg dauert. Eine Neutralität der Meerengen besteuere seit dem Jahre 1915 nicht mehr, leitend die deutschen Kriegsschiffe „Goeben“ und „Breslau“ die Meerenge passierten.

Eine Erklärung Lloyd Georges.

London, 1. August. Lloyd George teilt im Unterhause mit, daß der englische Gesandte in Athen der griechischen Regierung im Namen der Londoner Regierung mitgeteilt habe, daß ein griechischer Versuch, Konstantinopel zu besetzen, die ernstlichen Folgen haben werde. Lloyd George fügte hinzu, daß der griechische Außenminister als Antwort erklärt habe, daß die Alliierten keinen Grund zur Beunruhigung hätten und daß die griechische Armee unter keinen Umständen ohne die Genehmigung der Alliierten die türkische Grenze überschreiten würden. Diese Versicherung ist seitdem wiederholt worden.

Die polnische Ministerkrise

Dürfte in den nächsten Tagen endgültig beendet sein, nachdem der Hauptpunkt des Streits die Kandidatur Rorkomars wieder geübertreten und sich mit 56 Stimmen Mehrheit für den vom Staatschef Pilsudski mit der Kabinetsbildung beauftragten Krakauer Universitätslehrer Julian Nowak ausgesprochen hat. Da der neue Premier sich guter Beziehungen zu den Bauernpartei erfreut, so dürfte seine Stellung bis zu den polnischen Neuwahlen Anfang November gesichert sein.

Große Unterlassungen.

Eine Reichsbankhauptstelle ohne genügende Mittelmittel.

Breslau, 1. August. Am gestrigen Ultimo waren das Volkswirtschaftliche und die hiesige Reichsbankstelle — zahlungsunfähig. Eine sehr große Anzahl von Betrieben war nicht in der Lage, ihren Angehörigen die nötigen Gehälter auszusahlen, weil sie auf ihre Güter haben weder bei der Reichsbank noch beim Volkswirtschaftlichen Geld erhalten konnten, da die Kassen hier wie dort leer waren. Die hiesige Reichsbank hatte es sich nicht für nötig befunden, sich für den Ultimodeckel rechtzeitig umzubeden. Es ist dies das erste Mal, daß eine Hauptstelle der Reichsbank an einem Monatsfeste den Bankrott verlag.

Der Hamburger Sechsfünftelteil beigestellt. Die freitenden Schiffseigentümer und Seemannschaften beschließen, den Schiffsverkehr anzunehmen und den Streit abzubrechen. Von 588 abge-

Schiffahrt auf Briefmarken.

Eine Studie von M. Häfner.

Das Wort „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“, lange vor dem Krieg gebräuchlich, gewinnt heute wieder an Geltung, da Deutschland bei dem Verlust, die ihm auferlegten Reparationsleistungen abzutragen, seinen Ausfuhr-Handelsverkehr in ungeheurerem Umfange steigern muß. Dem wichtigsten Instrumente des Weltverkehrs, der Schiffahrt, wird ihre in aller Welt anerkannte Bedeutung als Bindeglied der Nationen inniglich nicht zuletzt durch die Tatsache befestigt, daß diese Länder die kleinen Hilfsverzeuge des Verkehrsweises, die Briefmarken, von jeher mit besonderer Aufmerksamkeit aus dem Gebiete der Raufahrt ausgegliedert haben. Was liegt näher, als gerade die Postwertzeichen, diese symbolischen Mittler internationaler Wirtschaftsbeziehungen, diese Boten zwischen Erdteil und Erdteil, diese Seefahrer auf allen Meeren, mit Bildern aus dem Schiffahrtswesen zu schmücken?

Der Schaulap und das Lebenselement aller Schiffahrt, das freie Meer — um ab ovo zu beginnen —, wird auf einer Anzahl Marken verschiedener Länder dargestellt; erwähnen seien die Ausgaben Ostland 1913/20 mit dem Meereswesen und darüber handelnden Motiven, Argentinien 1899, bei dem Meer mit der aufstrebenden Sonne zeigt, und die Friedensmarke Honduras 1921.

Daß die großen überstaatlichen Entdeckungen und Forschungsreisen als Gegenstand des Markenbildes eine bedeutende Rolle spielen, ist nicht verwunderlich, — lassen sich daraus doch wunderbarst feine malerische Darstellungen schöpfen. Die Klotten und Fährten des Kolumbus, Vasco de Gama, Heinrichs des Seefahrers und anderer sind häufig genug auf Postwertzeichen benutzt worden. Die bekannten Kolumbusmarken der Vereinigten Staaten von 1893, die Ausgaben Argentinien 1902, Nicaragua 1902, Porto Rico 1893, Panama 1913 (zur Erinnerung an die Entdeckung des Großen Ozeans), Portugal und Kolonien 1894 und 1890 (zur 400-Jahrfeier der Entdeckung des Seeweges nach Indien) sind hierfür ein paar Beispiele.

Im Abgange lassen sich an Hand der Briefmarken die Geschichte und der Bergbau der Schiffahrt von den ältesten Zeiten an fast Mädellos verfolgen. Das primitive, von Ältern-

geheten Schimmen waren 430 für den Abbruch, 131 dagegen, 5 ungenügend. Auch der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine hat beschloffen, den vom Reichsarbeitsministerium zur Belegung des Seemannsstellens durch befristeten Schiffsjahren anzunehmen.

General Scheidt am 9. November 1918.

Einmütiger Ehrenpruch.

Generalleutnant a. D. Scheidt, der am 9. Oktober 1918 zum Kriegsminister ernannt worden ist, ist öffentlich von General Kröner von rechtsstehenden Reihen wegen seines Verhältnisses in den Novembertagen von 1918 heilig angegriffen worden. Alle Angriffe sind wie im Falle Kröner, auch vom Standpunkt der Anhänger des alten Regimes aus, hollös. Das ergibt sich aus dem Bundeblatt „Deutscher Offiziersbund“ veröffentlichter Ehrenpruch eines freiwilligen Ehrengenerals. In diesem heißt es:

„Zu den Vorwürfen, die dem Generalleutnant Scheidt über sein Verhalten am Revolutionstage selbst gemacht wurden, nimmt das Ehrengericht wie folgt Stellung:

a) Am 9. November 1918 soll Generalleutnant Scheidt es an Führerschaft und Verantwortungsbewußtsein haben fehlen lassen. Nicht ein einziger zum entscheidenden Kampfe gegen die Weimarer Umwälzung aufstrebender Befehl sei der Gruppe angegangen. — Sicherlich wäre es angebracht gewesen, wenn Generalleutnant Scheidt die am 8. November 1918 abends eingetroffene Ernennung zum Oberbefehlshaber des Seimatheeres benützt hätte, um seinen unbedingten Kampfwillen kundzutun. Auf den Verlust des 9. November wird es ein solcher Befehl inwieweit noch von Einfluß gewesen sei.

b) Ein allgemeines Schießverbot ist von Generalleutnant Scheidt nicht erlassen worden. Ein von Generalleutnant Scheidt am 9. November 1918 vorkommendes durch Fernspruch an das Kriegsministerium übermitteltes angebliches Schießverbot des Reichslandlers ist auf diesem nicht erlassen und beruht wahrscheinlich auf einem Mißverständnis des Vermittlers. Es wurde vom Kriegsministerium nicht weitergegeben.

Als am 9. November mittags der Oberbefehlshaber in den Marken meldete, daß die Truppen sich weiterten, zu scheuen und anfragte, wie nun verfahren werden solle, drang Generalleutnant Scheidt darauf, daß man wenigstens zum Schutz von Leben und Eigentum der Bürger und der öffentlichen Gebäude von der Schußwaffen-Gebrauch gemacht werden solle. An dem Gebot, die Schußwaffen unbedingten Schießverbot des Oberbefehlshabers in den Marken ist Generalleutnant Scheidt völlig unbeteiligt.

Der Befehl des Kriegsministeriums hat Generalleutnant Scheidt allerdings verboten, ohne seinen Befehl das Feuer zu eröffnen, und dieses Verbot auch gegen Einwendungen anfechtbarhalten. Hierin lag keineswegs ein grundsätzlicher Verstoß, da dem Gebot, die Schußwaffen unbedingten Schießverbot des Kriegsministeriums, vielmehr sollte nur einem vorzuziehenden, nicht unbedingt nötigen Schießen vorgebeugt werden, das unbedenkbar nötigen haben, einen Angriff auf das Kriegsministerium hervorzuheben und das Fortschreiten der für Heer und Vaterland äußerst wichtigen Behörde in Frage stellen konnte.

Hiernach kommt der Spruch zu folgendem Schluß: „Nach Prüfung aller dieser Vorwürfe ist das Ehrengericht einmütig zu der Heberzeugung gekommen, daß der Staats- und Kriegsminister a. D. Generalleutnant Scheidt nicht die Vorwürfe, sondern den Dank der alten Armee verdient. Er ist ein treuer Diener seines Kaisers und Vaterlandes und ein untadeliger Offizier gewesen.“

Rus aller Welt

Der Nordpolflug Annundens gescheitert.

Was Ome in Alaska wird gemeldet: Der Versuch Annundens, den Nordpol zu belegen, ist gescheitert. Er hat sich nach einem drahtlosen Ausruf, daß „Maud“ in diesem Jahre als unerschwinglich erweise, den Versuch, den Nordpol im nächsten Jahre wieder aufzunehmen.

Ueber die Gründe, die Annundens bestimmt haben, seinen geplanten Flug über den Nordpol aufzugeben, wird mitgeteilt, daß das Schiff „Maud“ auf der Höhe des Kap Lan auf eine Eisbarriere gestoßen sei, die es zwang, nach Kap Hope zurückzukehren. Das Schicksal wurde bereits von der „Maud“ angekündigt und an Bord eines amerikanischen Schiffes gebracht, auf

dem Annundens hofft, nach Kap Barrow gelangen zu können. Da aber die Jahreszeit zu weit fortgeschritten ist und die allgemeinen Wetter- und Eisschichtungen zu ungünstig sind, wird er seinen Flug erst im Jahre 1919 zu versuchen. Annundens beabsichtigt, mit seinen Begleitern am Kap Barrow zu überwintern. Er fügt hinzu, er sehe mit der drahtlosen Station von Starwanger in Verbindung. „An Bord der „Maud“ ist alles gerüstet.

Der Kolaifod in Amerika.

Die „Times“ in New York haben unlängst einen beachtenswerten Artikel veröffentlicht, in dem nachgewiesen wird, daß eine der unglücklichsten Folgen des allgemeinen Alkoholismus die Kolaifod sei. Es wird an der Hand eines umfangreichen, von einem Dr. med. William Randolph gesammelten statistischen Materials mit der wahrhaft erschreckenden Tatsache bekenntgemacht, daß in den Vereinigten Staaten nach der sogenannten Prohibitivgesetzgebung 2 Millionen Menschen infolge unmäßigen Kolaifod an allen Stellen zugrunde gehen. Um der weiteren Verheerung des amerikanischen Volkes durch Alkohol vorzubeugen, hat die Medizinische Gesellschaft der Vereinigten Staaten eine Eingabe an den Kongreß geschickt mit der Forderung, schleunigst geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die die missbräuchliche Verwendung von Kolaifod und anderen Betäubungsmitteln zu treffen.

Blutiger Kampf mit Wilderern. Auf dem Jagdgebiete von Lobos bei Veba in Kolumbien ließ der Oberkommandant Komalita mit zwei Wilderern zusammentreffen, die nach Anruf Komalita auf ihn erschienen, wobei er durch ein Dum-Dum-Geschoss mit verheerender Unterleibverletzung niedergestrichelt wurde. Bereits am Morgen liegend, erwarb er, noch das Feuer, wodurch ein Wilderer verletzt wurde, so daß dieser mit seinen Genossen verhaftet werden konnte.

Ein salomonischer Richter. Ein salomonisches Urteil über eine schwierige Eheangelegenheit hat kürzlich der Vorsitzende eines Chicagoer Gerichtshofes ausgesprochen. Der Kaufmann John Saas und seine Frau landten vor Gericht, und zwar verlangte Mr. Saas die Scheidung, weil ihre Ehe eine ausgesprochene Verheiratung sei, die die Gesellschaft von anderen Frauen zu geben. Inzwischen sei Salomonis Komalita ihm aus diesem Verstoß mit anderen Dingen nicht nachgewiesen worden. In der Verhandlung kamen allerlei Schichten zutage, die das hässliche Eheleben getrübt hatten, und unter diesen spielte neben der Vorliebe des Mannes für andere Damenverleiher die Mutter der Frau die bekanntlich unliebsame schweiger-mütterliche Rolle. Der Richter erließ nun, um beide Parteien zu befriedigen, ein Urteil, in dem zwei Dinge gefordert wurden. Dem Manne wurde anverleitet, „sich des Beschlages, der Unterhaltung und des Verkehrs mit irgendeiner anderen Frau mit Ausnahme seiner Gattin zu enthalten.“ Der Mann sollte aber daran nur solange gebunden sein, als die Mutter der Frau Saas sich jedes Beschlages, Gesprächs oder anderweitigen Eingriffes enthalte, die geeignet seien, das eheliche Glück und die häusliche Ruhe von Mr. Saas und seiner Frau zu stören.



Markte der Vereinigten Staaten von 1901, ebenfalls einen Teil des Panamafonds die 2-Cent-Marken von 1912; auf der Ausgabe 1914 der Türkei sind Portionen des Bosphorus wiedergegeben, während eine 1917 erschienene Marke eine Karte der Ardennen trägt.

Auch die Sitz- und Zielpunkte der Raufahrt, wichtige Hafenstädte, lernen wir aus zahlreichen Marken als „Wohnstätten“ kennen. Auch auf die Gefahren der Schiffahrt wird aufmerksam gemacht, wie zum Beispiel die 35-Cent-Marke von Neufundland 1897 einer sehr riesigen Eisbarriere daher, wie sie schon so manchem Schiff unheilvoll geworden sind. Und auf der 10-Schilling-Marke von Malta 1899 wird sogar ein veritables nautisches Mitglied, Paule Schiffsbruch, verewigt!

Karl Dove f.

Der Erfinder der deutschen Schutzgebiete.

Wie ein Drahtbericht aus Jena meldet, ist dort der ausgetretene Geograph und Afrikaforscher Professor Dr. Karl Dove, der früher an den Universitäten Berlin, Jena und Freiburg wirkte, nach langem, schwerem Leiden im Alter von 89 Jahren gestorben. Professor Dove gehörte der bekannten Gelehrtenfamilie dieses Namens an. Als Sohn des verstorbenen Kirchenrechtswissenschaftlers Richard Dove, eines Sohnes des Berliner Philologen Heinrich Dove, 1863 in Tübingen geboren, studierte er an verschiedenen Universitäten, namentlich auf Reichshofen Leistung in Berlin, wo er sich auch 1890 als Privatdozent niederließ. In den Jahren 1892 bis 1894 bereiste er Südwestafrika, hauptsächlich zu klimatologischen und wirtschaftsgeographischen Studien, und nahm auch an Witbooi-Kriege teil. Im Jahre 1898 erhielt Dove eine außerordentliche Professur an der Universität Jena, von der er aber 1907 zurücktrat. Er unternahm dann noch wiederholt weitere überseeische Reisen, als deren Frucht unter anderem ein Buch über die deutschen Schutzgebiete der Südpole 1911 und noch mehrere zusammenfassende Schilderungen der deutschen Schutzgebiete in Ost- und Westafrika erschienen. Als Mitglied dieser Forschungen kann man seine treffliche „Einführung in die allgemeine Wirtschaftsgeographie“ bezeichnen (1914). Auch als Dichter ist der Verstorbenen wiederholt an die Öffentlichkeit getreten. Eine Auswahl seiner Dichtungen erschien unter dem Titel „Aus zwei Weltteilen“, ein Roman „Die Weltreise“ im Jahre 1908.